
FDP Friedberg

ORTSUMGEHUNG FAUERBACH: STILLSTAND DER PLANUNGEN. BERICHTERSTATTUNG DER WETTERAUER ZEITUNG

22.05.2014

Gemessen an den Schlagzeilen, die sie schon produziert hat, müsste die Teilortsumgehung Fauerbach schon dreimal gebaut sein. Ist sie aber nicht. Geschweige denn, dass das Planfeststellungsverfahren bislang abgeschlossen wurde. Nüchtern gesagt, tut sich derzeit gar nichts. Die Forderung, den Durchgangsverkehr zwischen der Bahnunterführung und der Landesstraße nach Dorheim aus dem stark belasteten Ortskern von Fauerbach herauszuholen, gibt es seit den Sechzigerjahren. Stand 2014: Stadt und Hessenmobil sind sich über die Verfahrensweise nicht einig; außerdem fehlt der Stadt das nötige Geld, um beim Land in Vorkasse zu treten. Dies gab der Erste Stadtrat Peter Ziebarth (CDU) am Mittwochabend in der Sitzung des Verkehrsausschusses im Rathaus bekannt. Nach der Debatte brachte ein Anwohner die Sache aus seiner Sicht auf den Punkt: "Das Land will von der Stadt einen Blankoscheck." Was wurde um die Teilortsumgehung Fauerbach schon gestritten. Die Anwohner fordern seit Jahren eine Entlastung vom "täglichen Verkehrschaos". "Die Hauptstraße, die Fauerbacher und die Dorheimer Straße sind stärker befahren als die Kaiserstraße, vor allem mit Lastern und mit Berufsverkehr", sagt ein Anwohner. Als der Bau der Straße 2007 wieder einmal politisch diskutiert wurde und die Bürger die Hoffnung hatten, es komme endlich Bewegung in die Sache, gründete sich eine Bürgerinitiative gegen das Vorhaben.

Die Straße soll, so sie denn gebaut wird, als Verlängerung der Fritz-Reuter-Straße und vorbei an der Metzgerei Herold (wo ein Kreisel entstehen soll, weshalb ein Haus möglicherweise abgerissen wird) durch die Wiesen über die Wetter zur L 3351 und somit zur neuen B 3 führen. Es sind vor allem die Anwohner des Neubaugebiets östlich der ehemaligen Zuckerfabrik, die sich dagegen wehren – während die Bewohner des

Ortskerns, die seit Jahren vom Verkehr geplagt werden, auf ihre Rechte pochen. Der Verkehrsausschuss wollte Auskunft über den Stand der Dinge. Der Erste Stadtrat hat daraufhin bei Hessenmobil nachgehakt, um zu erfahren, warum sich nichts bewegt. Wie Ziebarth nun sagte, habe die Behörde auf das Kommunalinteressenmodell (KIM) verwiesen. Das wurde vom früheren FDP-Verkehrsminister Dieter Posch vor über zwölf Jahren initiiert. Das Modell sieht vor, dass die Städte den Bau von Umgehungsstraßen in Vorkasse finanzieren und das Land das Geld später zurückerstattet. Das Stadtparlament hat dies vor Jahren schon mit Blick auf die Haushaltslage abgelehnt.

Was kostet die Straße?

Das gilt auch heute noch: "Solche Ausgaben können wir uns nicht leisten", sagte Ziebarth, zumal hinzukommt, dass, wie Hessenmobil mitgeteilt habe, das Planfeststellungsverfahren für die Teilortsumgehung noch gar nicht abgeschlossen sei. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange müssten noch in die Genehmigungsunterlagen eingearbeitet werden. Ziebarth: "Laut Hessenmobil wird das Verfahren erst dann abgeschlossen, wenn die Finanzierung gesichert ist und die Stadt dem KIM zugestimmt hat. Es gibt aber keine aktuellen Zahlen über die Herstellungskosten der Straße. Diese aktuellen Zahlen benötigen wir als Entscheidungshilfe." Letztlich habe Hessenmobil der Stadt mit den Fragen geantwortet: "Wollt Ihr das? Habt Ihr das Geld?" Wie viel Geld die Stadt zahlen müsste, habe die Behörde aber nicht sagen können. Ziebarth: "So kann man mit uns nicht umgehen."

Achim Güssgen-Ackva (FDP) sprach von einer "Dreistigkeit" der Verkehrsbehörde: "Hessenmobil ist verpflichtet, das Verfahren abzuschließen. Wenn das so läuft, wird die Planung wohl auf den St.-Nimmerleinstag verschoben."